

# Humankapital und Wirtschaftswachstum – Zusammenfassung der 35. Volkswirtschaftlichen Tagung

Jürgen Janger,  
Burkhard Raunig

Die 35. Volkswirtschaftliche Tagung der Oesterreichischen Nationalbank am 21. und 22. Mai 2007 beschäftigte sich mit der Beziehung zwischen Humankapital und wirtschaftlicher Entwicklung sowie den Möglichkeiten der Bildungspolitik, diese positiv zu beeinflussen. Gute Bildungssysteme können sowohl die in Europa schwach wachsende Produktivität unterstützen als auch bei der Bewältigung struktureller Anpassungen infolge der Globalisierung helfen. Insofern verstand sich die Tagung als Fortsetzung der letztjährigen zum Thema der Globalisierung mit einem Schwerpunkt auf möglichen wirtschaftspolitischen Antworten auf die zukünftigen Herausforderungen. Der größte Anpassungsbedarf wurde für Europa im Hochschulbereich gesehen, während für Österreich auch Veränderungen im Sekundarschulwesen diskutiert wurden. Als Referenten und Diskutanten der Tagung fungierten hochrangige Vertreter aus Zentralbanken, aus internationalen Organisationen sowie aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

## **Bildungspolitik als Allheilmittel für wirtschaftliche Probleme?**

In seiner Eröffnungsrede zur Konferenz betonte der Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), *Klaus Liebscher*, die mögliche Rolle der Bildungspolitik bei der Bewältigung zweier aktueller wirtschaftlicher Herausforderungen: Zum einen weist die EU insgesamt – mit Ausnahme einiger weniger Länder – seit 1995 ein zu den USA divergierendes Produktivitätswachstum auf, obwohl sich die USA nach wie vor auf einem höheren Produktivitätsniveau befinden. Die mangelnde Fähigkeit der europäischen Länder, diesen Rückstand aufzuholen und wirtschaftlichen Wohlstand abzusichern sowie der Bevölkerungsalterung zu begegnen, hängt laut neueren empirischen Studien zum Teil mit unterschiedlichen Bildungssystemen zusammen, insbesondere mit in Europa im Vergleich mit den USA geringerer Beteiligung an tertiärer Ausbildung.

Zum anderen verursacht die stärker werdende Konkurrenz aus schnell wachsenden Entwicklungsländern kurz- bis mittelfristig strukturelle

Anpassungen in der europäischen Wirtschaftsstruktur, auch wenn langfristig mit durchwegs positiven Effekten aus der Globalisierung zu rechnen ist. Liebscher unterstrich, dass die richtige Antwort auf diese Anpassungen nicht der Schutz der konkret bedrohten Arbeitsplätze sei, sondern umfassende lebenslange Bildungsanstrengungen, die dem Einzelnen Brücken aus der Arbeitslosigkeit in die Beschäftigung bauen sollten. Bildungsermöglichte Mobilität auf dem Arbeitsmarkt ist in einer Währungsunion doppelt wichtig, da asymmetrische wirtschaftliche Schocks nicht durch Änderungen der Wechselkursrelationen abzufangen und deshalb flexible Produktionsfaktoren für das Funktionieren einer Währungsunion notwendig sind. Liebscher machte deutlich, dass Bildungspolitik aus diesen Gründen sehr wichtig sei, aber kein Allheilmittel für wirtschaftspolitische Probleme darstellen könne. Die EU braucht nach wie vor wettbewerbsintensive Produktmärkte, flexible Arbeitsmärkte sowie stabile öffentliche Finanzen, um die Herausforderungen anzunehmen. Die zunehmend ökonomische Betrachtung

von Bildungspolitik solle nicht dazu führen, andere Bildungsaspekte wie gesellschaftliche Integration und individuelle, von materiellen Folgen losgelöste Sinnstiftung, zu vernachlässigen.

*Alfred Gusenbauer*, Bundeskanzler der Republik Österreich, betonte in seiner Ansprache den notwendigen Wandel vom Aufhol- zum Innovationsregime, den Europa und Österreich vollziehen müssten, um sich weiterhin an der Spitze der wohlhabenden Länder zu behaupten. Bildung, insbesondere im tertiären Bereich, sei dabei eine wichtige Komponente und Teil der wirtschaftlichen Strategie der österreichischen Bundesregierung, neben einer Steigerung von Forschungs- und Infrastrukturinvestitionen. Der Ausbau von Spitzenforschung und Spitzenausbildung im tertiären Bereich sollte aber nicht auf Kosten einer guten Ausbildung für alle gehen – die Breite brauche die Spitze und umgekehrt. Es gelte auch, den Anteil der Frauen in Forschung und Wissenschaft zu steigern. Insgesamt würde Österreich seine Begabungsreserven nicht ausnützen. Investitionen in Bildung würden aber erst langfristig wachstumswirksam werden, wobei nicht nur Wirtschaftswachstum, sondern auch die Teilhabe aller an der Wissensgesellschaft als Gradmesser herhalten müsse. In der Bildungspolitik gäbe es jedenfalls keinen notwendigen Abgleich zwischen Gleichheit und Effizienz.

*Joaquín Almunia*, Wirtschafts- und Währungskommissar der Europäischen Kommission, rief die Mitgliedstaaten dazu auf, ihr Humanpotenzial besser auszunutzen, um den wirtschaftlichen Strukturwandel zu höherwertigen Aktivitäten zu beschleunigen. Dies sollte aber nicht nur über höhere Bildungsausgaben, sondern

auch über eine gesteigerte Effizienz der öffentlichen Bildungsausgaben erreicht werden. Als konkretes Beispiel führte er die Länder Portugal, Österreich und Finnland an, die gemessen am BIP ungefähr gleich viel für Bildung ausgeben (5,6%), aber in der PISA-Schulleistungsvergleichsstudie der OECD sehr unterschiedliche Ergebnisse erzielten.

Eine bessere Ausschöpfung von Begabungsreserven begünstige nicht nur wirtschaftlichen Strukturwandel, sondern auch Beschäftigungsraten. Im Jahr 2005 waren in der EU nur 46% der niedrig Qualifizierten beschäftigt, aber 69% der durchschnittlich Qualifizierten und 83% der hoch Qualifizierten. Almunia sprach sich abschließend für eine Einbettung der Bildungsreformen in eine umfassende Reformstrategie entlang den Richtlinien der Lissabon-Agenda aus. Durch parallele Reformen auf den Produkt-, Arbeits- und Kapitalmärkten, aber auch der nationalen Innovationssysteme, werde die größte Effektivität von Bildungsreformen erreicht.

### **Höhere Ausbildungsniveaus begünstigen Löhne und Innovation**

*Lucas Papademos*, Vizepräsident der EZB, ging näher auf die Wechselwirkung zwischen Bildung und Wirtschaftswachstum sowie Bildung und Entwicklung der Finanzmärkte ein. So seien die privaten Erträge von Bildungsinvestitionen zwischen 6,5% und 9% und die sozialen aufgrund positiver Externalitäten wahrscheinlich noch höher anzusiedeln. Eine um ein Jahr längere Ausbildungszeit führe zu einem durchschnittlich 7,5% höheren Einkommen über das gesamte Arbeitsleben. Diese Kausalität sei durch innovative Studienansätze, wie

z. B. Bildungsverlaufsvergleiche von Zwillingen, gut abgesichert. Nicht nur die Länge der Ausbildung, auch ihre Qualität sei für Wachstumsunterschiede zwischen Ländern bedeutsam. So würden Unterschiede in der Ausbildungsqualität zwischen Ländern einen größeren Teil der Wachstumsdifferenzen zwischen diesen Ländern erklären als die Ausbildungslänge.

Indirekte Auswirkungen von Ausbildung auf das Wirtschaftswachstum würden mit der Wechselwirkung zwischen Ausbildung und Innovation einhergehen. So begünstigen höhere Ausbildungsniveaus Innovation und die Adoption neuer Technologien. Gerade für Länder an der weltweiten Technologiespitze, wie z. B. für Länder des Euroraums, führe bessere Bildung zum Wachstum neuer Sektoren, wie z. B. Pharma und Elektronik. Technologischer Wandel allgemein würde unterschiedlich auf die Beschäftigungschancen unterschiedlicher Bildungsniveaus wirken – hoch Qualifizierte profitieren von ihm, während niedrig Qualifizierte zunehmend unter Druck kommen. Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien würden z. B. mit einer erhöhten Beschäftigung hoch Qualifizierter einhergehen, während die Beschäftigung niedrig Qualifizierter sinke. Diese Wirkungskomplementarität sollte daher zu gleichzeitigen Investitionen in Bildung und in physisches Kapital führen.

Papademos ging anschließend auf einen Sonderaspekt von Bildung, jenen der ökonomischen oder finanziellen, ein. Diese sei für das Ausnutzen der Innovationen entwickelter Finanzmärkte unabdingbar, aber selbst in entwickelten Ländern oft nur rudimentär ausgeprägt. Funktionierende

und liquide Finanzmärkte würden aber ihrerseits Wachstum fördern, womit auch finanzieller Bildung eine wachstumsfördernde Rolle zukäme. Funktionierende Finanzmärkte begünstigen ebenso die Transmission der Geldpolitik in einer Währungsunion und die Reaktion auf asymmetrische Schocks. Insgesamt sei Ausbildung daher von größter Bedeutung für eine Währungsunion.

*Emmanuel Jimenez* (Weltbank) präsentierte den Weltentwicklungsbericht 2007. In vielen Entwicklungsländern würden sich in nächster Zeit günstige demografische Bedingungen für eine Wachstumsbeschleunigung einstellen. Die Anzahl junger Menschen erreicht einen Höhepunkt und die Fertilitätsraten gehen zurück, wodurch die erwerbsfähige Bevölkerung auf dem Höhepunkt ist. Es steht eine große Anzahl von Arbeitskräften zur Verfügung, die relativ wenige ältere Menschen und Kinder ernähren müssen. Sinkende Altersabhängigkeitsquoten können bis zu 40 Jahre andauern, in denen es sehr wichtig ist, in die Bildung der Jugendlichen zu investieren. Jimenez diskutierte anschließend einige Maßnahmen, um eine effektive Bildungspolitik in Entwicklungsländern zu fördern. Es sei besonders wichtig, die Qualität der primären Bildung und die Beteiligung an der sekundären Bildung zu erhöhen. Gleichzeitig sollten die Bildungssysteme arbeitsmarktrelevante Inhalte forcieren.

Durch adäquate Information, positive und negative Anreize (z. B. in Form höherer Steuern auf Tabak oder Alkohol) kann Jugendlichen geholfen werden, richtige Lebensentscheidungen zu treffen bzw. ihre Bildung abzuschließen. Information sei vor allem wichtig, damit Jugendliche den wirtschaftlichen Wert von Bildung in

Form von höheren Einkommen für sich selbst erkennen. Bei entsprechenden Umfragen unter Jugendlichen unterschätzen diese regelmäßig das Einkommensdifferenzial, das durch Qualifikation zu erzielen ist. Für Bildungsabbrecher sollten Programme geschaffen werden, die möglichst frühzeitig wieder zurück in normale Bildungsverläufe führen – je älter Bildungsabbrecher werden, desto schwieriger wird es, sie an Bildung teilhaben zu lassen.

### **Wachstumswirkung von Humankapital bisher unterschätzt**

Der zweite Tagungsblock unter dem Vorsitz von *Wolfgang Duchatczek*, Vize-Gouverneur der OeNB, widmete sich dem Zusammenhang zwischen Humankapital und Wirtschaftswachstum. Ältere empirische Querschnittstudien untermauern die Hypothese, dass der Aufbau von Humankapital das Wachstum einer Volkswirtschaft fördert. Aktuellere Forschungsbeiträge, die Zeitreihen und Querschnittsdaten kombinieren, finden hingegen bestenfalls einen schwachen Zusammenhang zwischen Humankapital und Wirtschaftswachstum.

Vor diesem Hintergrund argumentierte *Angel de La Fuente*, Vize-Direktor des Instituto de Análisis Económico, CSIC, Barcelona, dass die enttäuschenden empirischen Ergebnisse primär auf die mangelnde Qualität der zugrundeliegenden Daten zurückzuführen seien. Selbst die besten Datensätze würden unplausible Sprünge sowie unrealistische Zeitreihen und Querschnittprofile aufweisen. Messfehler in den Daten verursachen demnach eine systematische Unterschätzung des positiven Zusammenhangs zwischen Human-

kapital und Wachstum. Korrigiere man um diesen verzerrenden Effekt, so falle der empirische Zusammenhang zwischen Humankapital und Wirtschaftswachstum wieder deutlich positiv aus.

### **Hoher Reformbedarf im europäischen Hochschulsystem**

In der nachfolgenden Podiumsdiskussion erörterten *Mario Cervantes*, Senior Economist bei der OECD, *Leslie Lipschitz*, Direktor des IWF-Instituts, *Susanne Lohmann*, Professor an der Universität von Kalifornien, *Rick van der Ploeg*, Professor am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, und *Georg Winckler*, Präsident der European University Association, ob sich Europa in den Bereichen Ausbildung und Know-how auf dem richtigen Weg befindet.

*Cervantes* wies auf die heterogene Situation in Europa hin. Kleinere europäische Länder schneiden im Durchschnitt demnach besser ab als die großen europäischen Staaten. Deutlich höhere Investitionen in Humankapital seien erforderlich, um die insgesamt vorhandene Lücke im Ausbildungsbereich gegenüber den USA zu schließen.

*Lipschitz* betonte die Wichtigkeit der Bereitstellung von ökonomischem Wissen für Menschen aus schwach entwickelten Ländern. In diesem Zusammenhang würdigte er die Bedeutung des Joint Vienna Instituts in der ökonomischen Ausbildung von Kursteilnehmern aus Zentral-, Ost- und Südosteuropa.

*Lohmann* unterstrich in ihrem Beitrag die Rolle der Universitäten in der Vermittlung von humanistischer Bildung, die neben dem ökonomischen und technischen Know-how ebenso von zentraler Bedeutung sei.

*Van der Ploeg* stellte dem derzeitigen Universitätssystem in Europa ein schlechtes Zeugnis aus. Europäische Universitäten böten demnach im Durchschnitt zwar eine Ausbildung von guter durchschnittlicher Qualität an, jedoch lägen sie in internationalen Vergleichen nicht im Spitzenfeld. Schuld sei der zu geringe Wettbewerb unter den Universitäten, mangelnde Transparenz, zu hohe Bürokratie und vor allem die im Vergleich zu US-amerikanischen Universitäten zu geringe finanzielle Ausstattung. Um Fortschritte zu erzielen, müsste der privaten Finanzierung mehr Gewicht zukommen, wobei die Finanzierungsbeiträge flexibel und anreizkompatibel gestaltet sein müssten.

*Winckler* wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die in Relation zu den USA niedrigeren Renditen aus höherer Ausbildung die Gestaltungsmöglichkeiten privater Finanzierungsbeiträge einschränken. Als Alternative schlug er einen Ausbau der Finanzierung von universitärer Ausbildung und Forschung auf europäischer Ebene vor.

### **Finanzielle Bildung schützt Konsumenten und unterstützt die Effizienz von Finanzmärkten**

Das Thema „Humankapital und finanzielle Bildung“ stand im Mittelpunkt des zweiten Tagungsblocks, der von *Josef Christl*, Mitglied des Direktoriums der OeNB, geleitet wurde. Dieser hob in seinen Eingangsworten den Beitrag der Vermittlung von Grundwissen im Bereich Volkswirtschaft und Finanzwesen zu einer effizienten Ressourcenzallokation und zum Verständnis von geldpolitischen Entscheidungen hervor. Weiters wies er auf ein derzeit

laufendes Projekt der OeNB zur Ergänzung ihres bisherigen Informationsangebots im Bereich Volkswirtschaft und Finanzwesen hin.

Anschließend referierte *Jeanne M. Hogarth*, Leiterin der Abteilung für Konsumentenaufklärung und Verbraucherforschung des Federal Reserve Board, über die Rolle des Federal Reserve Board in der Vermittlung von ökonomischem Grundwissen. Das diesbezügliche Engagement im Bildungsbereich rührt demnach von Effizienzüberlegungen, Konsumentenschutz, der steigenden Komplexität von Finanzprodukten, dem raschen technologischen Wandel und dem demografischen Trend zu einer älter werdenden Gesellschaft her. Das Federal Reserve Board bietet Information über Finanzprodukte und Finanzdienstleistungen an, kooperiert mit verschiedenen Bildungseinrichtungen und unterstützt einschlägige Forschungsprojekte und Konferenzen. Hogarth strich hervor, dass die Ausbildungsprogramme im Schulbereich und in der Erwachsenenbildung erfolgreich seien. Weiters betonte sie die Wichtigkeit einer neutralen Position in der Vermittlung von volks- und finanzwirtschaftlichem Wissen, um einer möglichen Unterstützung einseitiger Interessen vorzubeugen.

### **Österreichs Bildungssystem muss sich dringend neuen Herausforderungen anpassen**

Der letzte Block der 35. Volkswirtschaftlichen Tagung war eine Podiumsdiskussion über österreichische Wirtschaftspolitik, in diesem Fall Bildungspolitik.

*Claudia Schmied*, Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, bezeichnete Bildung als Schwerpunkt der aktuellen Legislaturperiode. So-

wohl höhere Investitionen als auch qualitative Maßnahmen seien geplant. Reformen des Bildungssystems bedürfen einer nationalen, gemeinsamen Anstrengung. Daher wird Schmied eine breite öffentliche Diskussion organisieren, wobei sie in diesem Zusammenhang auch die bildungspolitischen Papiere der Sozialpartner begrüßte, wie z. B. das Konzept der Industriellenvereinigung „Schule 2020“. Grundsätzlich sei es wichtig, Bildung stärker mit Innovation und Kreativität zusammenzuführen, Leistung zu fördern, aber gleichzeitig solidarisch mit den Schwachen umzugehen.

An konkreten, in Umsetzung befindlichen Projekten sprach Schmied die Senkung der Klassenschüleranzahl schon bis September 2007 an. Aufgrund der hohen Anzahl der Schulstandorte (über 5.500) wäre dies ein nicht zu unterschätzendes logistisches Problem. Weiters seien die Erhöhung der schulischen Tagesbetreuung, eine Verbesserung der Lehrerfortbildung sowie drei bis vier Modellregionen zur Einführung der gemeinsamen Schule ab dem Schuljahr 2008/09 geplant. Schließlich solle die Aufbauorganisation des Schulsystems überdacht werden, wobei in der Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Einnahmen- mit der Ausgabenverantwortung zusammenfallen sollte.

*Günther Haider*, Leiter des Projektzentrums für vergleichende Bildungsforschung in Salzburg, beschrieb als zentrale Reformherausforderung einen „längst fälligen Paradigmenwechsel“ in der Steuerung des Bildungssystems. Dieses müsste sich vom hierarchischen, zentralistischen Bürokratiemodell, das stark auf Inputfaktoren und Systemerhalt fixiert sei, zu einem dezentraleren, mehr

Eigenverantwortung, aber auch mehr Rechenschaftspflicht, aufweisenden Modell entwickeln.

Die gegenwärtigen Steuerungsstrukturen des österreichischen Bildungssystems seien noch auf das 19. Jahrhundert zurückzuführen: Die schwerwiegende Niederlage gegen Preußen bei Königgrätz 1866 sei durch den hohen Analphabetenanteil im österreichischen Heer mitverschuldet worden. Deshalb wurden die Schulen Teil der k. u. k.-Bürokratie, was einen raschen Schulausbau in einem disziplinierten und bürokratischen System ermöglichte. Dies wäre damals ein Modell für Europa gewesen. Die Probleme zeigten sich erst später, weil grundsätzlich gesetztesbasiertes Verwaltungshandeln Veränderungen und Anpassungen an neue Anforderungen behinderte. Qualitätskontrolle fand durch Juristen im Unterrichtsministerium statt, die hauptsächlich die Einhaltung von Vorschriften überprüften und das System über die Beobachtung von Input- anstatt von Outputgrößen lenkten. Dieses Manko des österreichischen Schulsystems sei nun erkannt, folgende Detailherausforderungen stünden an:

Zunächst müssten nationale Bildungsstandards und damit eine objektive Prüfung der von Schülern erworbenen Kompetenzen eingeführt werden. Ungleiche, von Lehrern abhängige Standards würden dazu führen, dass diese unter Druck angepasst werden. In Wien würde sich diese Frage aktuell bei dem Übergang von der Volksschule in die Hauptschule oder in das Gymnasium stellen, wo eine Note schwerwiegende Konsequenzen für den weiteren Bildungsverlauf der Kinder haben kann. Um auf allen Ebenen objektive Information zu erhalten, werden ein natio-

ner Bildungsbericht bis 2008 und ein Bundesinstitut für Bildung geschaffen. Zudem sollten Schulen auf lokaler und regionaler Ebene Personal- sowie Budgethoheit erhalten, begleitet von einer erhöhten Transparenz der Qualität der schulinternen Prozesse. So sei die derzeitige Form der Schulaufsicht, bei der oft ehemalige Personalvertreter als Schulinspektoren monatelang vorher angekündigte Schulbesuche wahrnehmen, nicht optimal.

*Christoph Badelt*, Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien und Präsident der Österreichischen Rektorenkonferenz, betonte zunächst die positiven Veränderungen im Zuge der Universitätsreform 2002. Allerdings habe die Ausdifferenzierung des tertiären Sektors zum Teil neue Probleme geschaffen, wie z. B. heterogene rechtliche Rahmenbedingungen für Universitäten, Fachhochschulen, Privatuniversitäten etc. Dies erfordere ein gesamthafte Bildungskonzept für den tertiären Sektor. Herausforderungen für den Hochschulbereich sieht er in der Gestaltung der Leistungsvereinbarungen, über die ein echter zwischenuniversitärer Wettbewerb erst noch zu entwickeln sei, und im Hochschulzugang; im europäischen Kontext problematisch wären die Doktoratsstudien, der Arbeitsmarktzugang der Bachelors und die unklaren Signale zur Spitzenforschung an öffentlichen Universitäten.

Badelt ging anschließend im Detail auf die Problematik Hochschulzugang in Österreich ein, zu der die Rektorenkonferenz eine umfassende Studie herausgab. Er kritisierte die Unvereinbarkeit des freien Hochschulzugangs mit einer begrenzten Ressourcenausstattung für die Universitäten. 50% der Studierenden würden sich in Fächern mit ungünsti-

gen, 30% in Fächern mit extrem ungünstigen Betreuungsrelationen befinden. Er begründete die in Österreich relativ niedrige Beteiligung an tertiärer Bildung aber auch mit Mängeln des voruniversitären Bildungssystems, insbesondere mit dessen mangelhafter sozialer Durchlässigkeit. So liege bereits die Quote der Neuanfänger im tertiären Bereich in Österreich mit 37% eines Jahrgangs weit unter dem OECD-Durchschnitt von 53%; die Abschlussquote liege bei 20% bzw. 35%. In einer Studie weise Österreich unter 13 untersuchten Staaten die schlechteste Zugänglichkeit des tertiären Bereichs auf.

Konkret forderte Badelt eine Studienplatzbewirtschaftung, wie z. B. an den Fachhochschulen bereits vorhanden, auch für die Universitäten; ein autonom gestaltetes Auswahlverfahren in Fächern, wo dies nötig sei, unbedingt aber für Master- und Doktoratsstudien. Als Folge des europäischen Bologna-Prozesses zur Harmonisierung und Reform der Universitätsausbildung könnte bald jeder Bachelor aus Europa überall in der EU einen Masterkurs besuchen. Nachdem die meisten anderen europäischen Universitäten über Auswahlverfahren verfügten, könnte Österreich mit einer Negativauslese konfrontiert werden. Abschließend mahnte Badelt eine aktive Strategie zur vollständigen Ausschöpfung der österreichischen Begabungsreserven ein, die schon im primären und sekundären Schulwesen ansetzen müsse.

*Veit Sorger*, Präsident der Industriellenvereinigung, plädierte für große und radikale Reformansätze, statt Basteln an Details. Das österreichische Bildungswesen befinde sich bei meisten internationalen Vergleichsstudien zwar im Mittelfeld,

aber in keinem einzigen Bereich im Spitzenfeld. Diese Position sollte Österreich wieder anstreben. Das Konzeptpapier „Schule 2020“ der Industriellenvereinigung fordere deshalb ein verpflichtendes, staatlich finanziertes Startschuljahr ab dem 5. Lebensjahr sowie eine leistungsorientierte Differenzierung bei einem gemeinsamen, vergleichbaren Bildungsangebot für alle Kinder und Jugendlichen in der Mittelstufe (10 bis 14 Jahre). Weiters solle die „echte“ Schulautonomie ausgebaut werden und Schulmanager Personal- und Ressourcenverantwortung erhalten. Für Lehrer sollte es verbindliche Auswahlverfahren und Eignungstests, verpflichtende Fortbildung sowie ein modernes Lehrerdienstrecht mit leistungsorientierter Bezahlung geben. Die Systemsteuerung sollte schlanker gestaltet werden, indem nur drei Entscheidungsebenen festgelegt werden, Bund, Region und Schule. Schließlich müssten einheitliche Bildungsstandards und unabhängige Qualitätssicherung eingeführt werden.

*Herbert Tumpel*, Präsident der Arbeiterkammer (AK), machte vier Herausforderungen für das österreichische Bildungswesen aus: Erstens, im Schulwesen würden rund 17% der Jugendlichen zwischen 20 und 24 Jahren über keine über die Pflichtschule hinausführende Ausbildung verfügen. Gleichzeitig liege die Anzahl der Schüler mit überdurchschnittlichen Leistungen ebenfalls unter dem europäischen Durchschnitt. Die AK fordert daher als nächsten Schritt die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres.

Zweitens selektierten die berufsbildenden Schulen zu streng, es käme zu hohen Drop-Out-Raten. Jugendlichen werden häufig falsche Berufsausbildungsplätze angeboten. Der An-

passungsprozess zwischen Ausbildungsangeboten und Arbeitsmarktnachfrage sei ungenügend entwickelt – so würden starre Schulstrukturen Ausbildungen im landwirtschaftlichen Bereich, im Textil- oder im Produktionssektor konservieren, während bei Ausbildungen im Gesundheits- oder Sozialbereich keine durchlässige Verbindung zu den schulischen Erstausbildungsstrukturen vorhanden sei. Schließlich sei der Mathematik- und Naturwissenschaftsunterricht in Österreich demotivierend, die Schüler hätten in diesen Fächern die wenigste Freude im PISA-Vergleich. Tumpel mahnte diesbezüglich die Umsetzung des Regierungsvorhabens „Ausbildungsgarantie bis 18“ ein.

Drittens seien die österreichischen Universitäten durch lange Studienzeiten und hohe Drop-Out-Raten gekennzeichnet, was teilweise mit der schlechten Vereinbarkeit von Studium und Beruf zusammenhänge. Österreich sei in den letzten Jahren in der tertiären Bildungsbeteiligung weiter zurückgefallen – von 2000 bis 2004 stieg der Anteil von Hochschulabsolventen pro Jahrgang nur von 16% auf 20%, während er im OECD-Durchschnitt von 27% auf 35% stieg. Die AK fordert deshalb Reformen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Studium.

Viertens liege Österreich bei berufsbezogener Weiterbildung weit hinter europäischen Spitzenländern. 422 Stunden an Weiterbildung könnten Arbeitnehmer in Österreich durchschnittlich erwarten, 934 in Dänemark. Weiterbildung wird meist privat oder betrieblich finanziert, die Ausgaben der öffentlichen Hand betragen nur 2,3% der gesamten öffentlichen Bildungsausgaben. Deshalb sollte in Österreich das Nachholen von Bildungsabschlüssen bis zur Ma-



tura gebührenfrei möglich sein, wie es in anderen Ländern seit Jahrzehnten üblich sei. Tumpel forderte zum Abschluss seines Referats die Umsetzung einer kohärenten Bildungsstrategie, die sich an numerischen Zielvorgaben orientieren sollte, darunter eine Halbierung des Anteils an Jugendlichen ohne positiven Pflichtschulabschluss auf 2% eines Jahrgangs, die Anhebung des Maturantenanteils auf 50%, die Anhebung des Anteils der tertiär Gebildeten auf den OECD-Durchschnitt, die Anhebung des Anteils von Frauen mit naturwissenschaftlich-technischer Qualifizierung und die Verdoppelung der Beteiligungsquote an Weiterbildung.

**Zusammenfassung:  
Europa und Österreich  
müssen ihr Humanpotenzial  
besser ausnutzen**

In seinem Resümee der Konferenz betonte *Josef Christl*, Mitglied des Direktoriums der OeNB, die Doppeldividende, die in Gestalt individueller Beschäftigungschancen und aggregierten Wirtschafts- und Produktivitätswachstums durch gesteigertes Humankapital und bessere Bildungssysteme zu lukrieren sei. Beides sei angesichts des noch immer verhaltenen europäischen Produktivitätswachstums und der nach wie vor vorhandenen Beschäftigungsreserven im Euroraum ein vorrangiges wirtschaftspolitisches Ziel. Auch in Ent-

wicklungsländern sei Humankapital eine Schlüsselgröße in demografisch günstigen Zeiten.

Europa und Österreich nützen derzeit ihr Humanpotenzial nicht aus, wobei dies nicht nur Konsequenzen für Beschäftigung, Produktivität, Wachstum und Löhne habe, sondern auch für das reibungslose Funktionieren einer Währungsunion: Besser gebildete Arbeitnehmer seien mobiler und können daher zur Linderung der Auswirkungen asymmetrischer Schocks eher beitragen. Gleichzeitig würde ein höheres Potenzialwachstum ein schnelleres Wirtschaftswachstum ermöglichen, ohne dabei Inflationsdruck aufzubauen. Der größte Reformbedarf werde auf europäischer Ebene allgemein im Hochschulbereich konstatiert, wobei Österreich auch im Sekundärbereich einige Anpassungen vornehmen könnte.

Die Bedeutung finanzieller Bildung als Sonderaspekt von Bildung sei für die Effizienz von Finanzmärkten, aber auch von Verbraucherschutz, nicht zu unterschätzen.

Insgesamt könne die Bildungspolitik aber kein Allheilmittel sein, Bildungssystemreformen müssten vielmehr in eine umfassende Strategie eingebettet werden. Weitere Elemente dieser Strategie müssten auf eine steigende Qualität der öffentlichen Finanzen, z. B. steigende Effizienz der Bildungsausgaben, flexible Produkt- und Arbeitsmärkte sowie liquide Kapitalmärkte abzielen.